

Die Endphase der Weimarer Republik (1930-1933)

Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland

■ Vorgeschichte

- **Strukturschwächen** der deutschen Wirtschaft
 - Krieg, Inflation, Reparationen
 - Abhängigkeit von ausländischem Kapital (v. a. USA)
 - Störanfälligkeit der **Banken** durch Mangel an Eigenkapital und durch Verwendung kurzfristiger Kredite für langfristige Anleihen
- **Abschwächung der Konjunktur bereits ab 1928**
 - Rückgang der Unternehmensgewinne und der Investitionen durch hohe Lohnsteigerungen, Anstieg der Konkurse
 - Rückgang der Aktienkurse
 - erhöhte Spartätigkeit der Bevölkerung als Vorsorge
 - zunächst moderate Erhöhung der Arbeitslosigkeit

Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den USA trifft auf **geschwächte deutsche Wirtschaft**

■ Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland

- **Kreditabhängigkeit von den USA**
 - ↓
 - **Dawes-Plan** (1924): US-Kredite für Deutschland sollen Wirtschaft stärken, somit Reparationszahlungen an Frankreich ermöglichen (Rückzahlung von Frankreichs Kriegsschulden an die USA)
 - **Wirtschaftsaufschwung** durch US-Kredite (ca. 1924-1927), jedoch keine stabile Wirtschaft
- **Abzug von US-Kapital aus Deutschland** (Kapitalbedarf durch die Wirtschaftskrise)
 - ↓
 - negatives Investitionsklima in Deutschland durch politische Radikalisierung (Septemberwahlen 1930, Unruhen) sowie einen „Tributaufruf“ von Reichskanzler Brüning (1931): Grenze der Belastbarkeit sei erreicht, Reparationen als alleinige Ursache der Probleme
- **Bankenkrise (1931)**
 - Probleme (s. o.): Mangel an Eigenkapital, Verwendung kurzfristiger Kredite für langfristige Anleihen
 - Zusammenbruch der **Danat-Bank** (Darmstädter und Nationalbank), ausgelöst durch den Konkurs des großen Textilkonzerns Nordwolle
 - Zusammenhang mit der europäischen Bankenkrise: Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt als Vorläufer
 - **Lösungsversuche:** Bereitstellung von Kapital
 - 2 Bankfeiertage (14. und 15. Juli) zur Verhinderung von weiteren Bankzusammenbrüchen
 - Einführung einer Bankenaufsicht
- **Produktionsrückgang, Konkurse** durch Kapitalmangel, Rückgang der Investitionen, Rückgang des Exportes

■ Soziale Folgen

- Rückgang des Volkseinkommens
- starker Anstieg der **Arbeitslosigkeit** (1932: ca. 6 Mio.) bei nur geringen Versicherungsleistungen → Hunger, Wohnungsnot etc.
- besonders starke Jugendarbeitslosigkeit

- ★ **Insgesamt:** Kapitalmangel → fehlende Investitionen → Arbeitslosigkeit → Not und Hunger
 - besonders schwere Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland durch enge finanzielle Verflechtung zwischen USA und Deutschland
 - soziale Not → politische Radikalisierung

Die Ära Brüning (1930 – 1932)

■ Vorgeschichte: Große Koalition 1928 – 1930

- **Reichstagswahl 1928:** Verluste für die Rechte → Wandel der DNVP zur totalen Oppositionspartei (Hugenberg) – SPD und KPD als Gewinner
- **Regierungsbildung: Große Koalition** (SPD, Zentrum, BVP, DDP, DVP) unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) – jedoch Dominanz von Partikularinteressen, eingeschränkte Kompromissbereitschaft der Parteien
- Neuformierung der **Rechtsopposition** durch Volksbegehren gegen den Young-Plan: Zusammenarbeit von DNVP, Stahlhelm und NSDAP → Aufwertung der NSDAP
- **Scheitern der Großen Koalition** an Gegensätzen zwischen SPD und DVP in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung)
→ Schwierigkeit einer neuen parlamentarischen Regierungsbildung

■ Regierung Brüning: politische Entwicklung

• Regierungssystem:

- Regierung ohne parlamentarische Mehrheit
- mit Notverordnungen des Reichspräsidenten (Art. 48)
- sowie der Möglichkeit der Reichstagsauflösung durch den Reichspräsidenten (Art. 25)
- Ernennung von Heinrich Brüning (Zentrum) zum Reichskanzler ohne parlamentarische Wahl (Art. 53)

⊗ **Präsidialkabinett:**

- Regierung mit Notverordnungen
- bei deren Ablehnung durch eine Parlamentsmehrheit → Reichstagsauflösung

- **Reichstagswahl 14. Sept 1930:** starke Gewinne für NSDAP (2,6 → 18,3 %) [auf Kosten der DNVP] und KPD (10,6 → 13,1 %) [auf Kosten der SPD]

Wähler der NSDAP:

- Nichtwähler
- enttäuschte Wähler der DNVP und Mittelparteien
- Bürgertum
- Arbeiterschaft
- junge Menschen

Bewegung mit
Volksparteicharakter

⊗ **Radikalisierung**, bedingt durch die Wirtschaftskrise

⊗ **parlamentarische Regierungsbildung** erneut erschwert

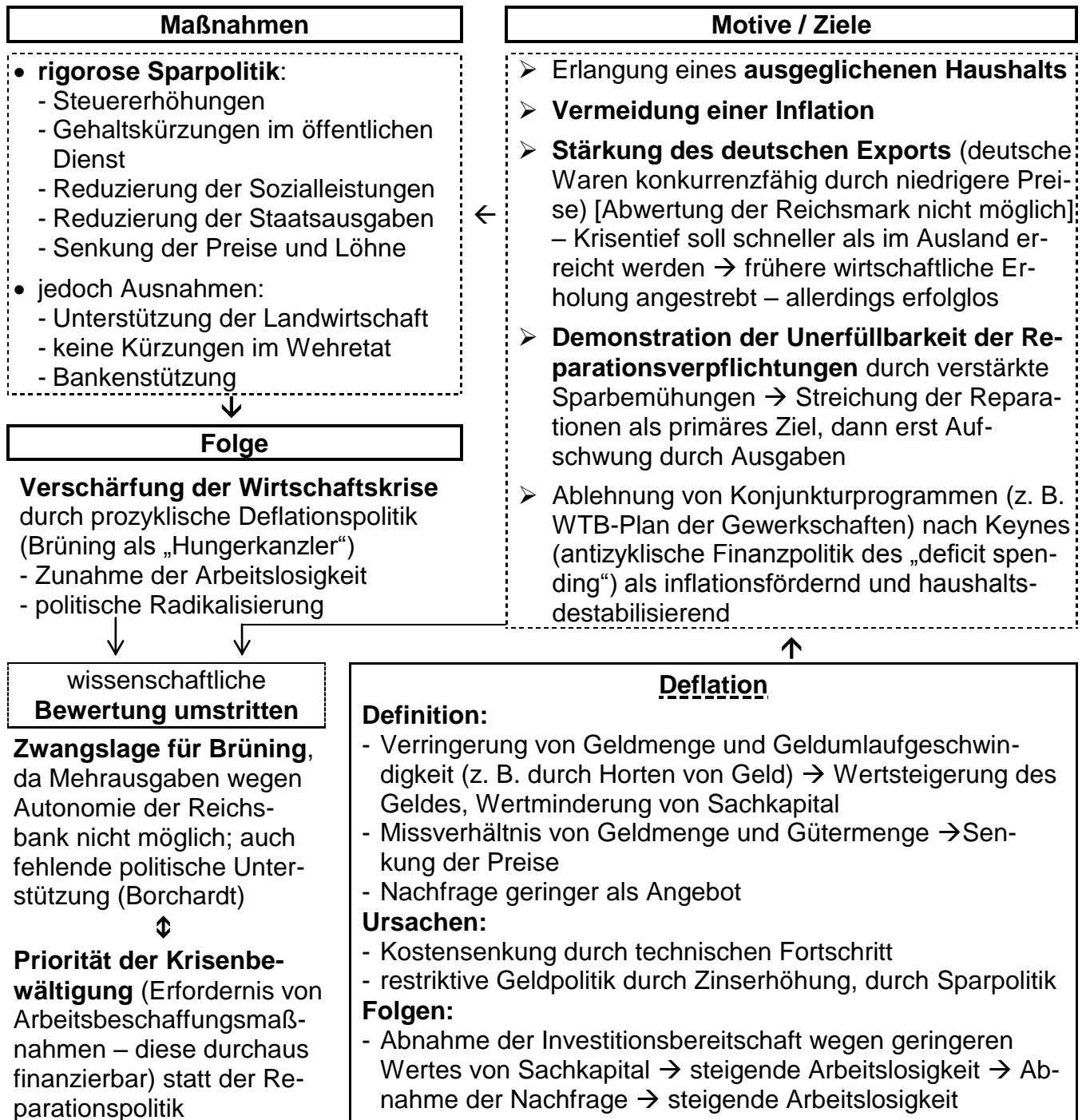
→ **Tolerierung** der Regierung Brüning durch die SPD

• **Sturz der Regierung Brüning**

- **Harzburger Front** (1931): Massenkundgebung von NSDAP, DNVP, Stahlhelm zum Sturz der Regierung
- **Reichspräsidentenwahl 1932:** Wiederwahl Hindenburgs mit Unterstützung der von Hindenburg ungeliebten SPD – Sieg über Hitler
- vorübergehendes Verbot der SA
- Einfluss von General Kurt von Schleicher auf Hindenburg
- Brüning verliert das Vertrauen Hindenburgs → **Entlassung** 1932 (Brüning: „100 Meter vor dem Ziel“)

Reichspräsident von Hindenburg als entscheidende Person –
Entfremdung zwischen Hindenburg und Brüning

■ Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise: Deflation



■ Vergleich zwischen Brünings Deflationspolitik und Roosevelts New Deal

Brüning (1930-1932)		Roosevelt (1933-1939)
• Abkehr vom Parlamentarismus (Präsidialkabinett)	↔	• stabile Demokratie
• Sparpolitik unter Berücksichtigung des Reparationsproblems	↔	• Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturförderprogramme
• Haushaltssanierung	↔	• wachsende Staatsverschuldung
• Abbau sozialer Errungenschaften	↔	• soziale Reformen
<div style="border-top: 1px solid black; padding-top: 10px;"> Verschärfung der sozialen Probleme weiterer Vertrauensverlust in die Demokratie </div>		<div style="border-top: 1px solid black; padding-top: 10px;"> Linderung der sozialen Probleme Stabilität der demokratischen Ordnung </div>

Das Ende der Weimarer Republik

■ Regierung Papen (Juni – Dezember 1932)

- Regierung („Kabinett der Barone“) als **Präsidialkabinett** ohne parlamentarische Mehrheit (dominant: Reichswehrminister Kurt von Schleicher)
- Wiederezulassung der SA
- **„Preußenschlag“** (20. Juli 1932): Absetzung der (ohne parlamentarische Mehrheit regierenden) SPD-Regierung in Preußen mittels Notverordnung (Reichsexekution nach Art. 48) – Begründung durch blutige Ausschreitungen, z. B. Altonaer Blutsonntag am 17. Juli 1932 (blutige Straßenkämpfe zwischen SA und Kommunisten)
Reichskanzler Papen als Reichskommissar für Preußen
Bedeutung: illegale Ausschaltung der SPD im weitaus größten Land Deutschlands
- Konferenz von Lausanne (Juni/Juli 1932): **Beendigung der Reparationen**
- **Reichstagswahl** (31. Juli 1932): starke Gewinne für die NSDAP (18,3 % → 37,3 %) und KPD (13,1 % → 14,3 %), somit negative absolute Mehrheit für NSDAP und KPD → parlamentarische Regierungsbildung demokratischer Parteien unmöglich
- **Reichstagswahl** (6. November 1932) nach Reichstagsauflösung infolge Misstrauensvotum gegen Papen: Verluste für die NSDAP
- Scheitern einer geplanten Verfassungsreform (Stärkung der Exekutive, Schwächung der Legislative)
- **Entlassung Papens** nach dem Verlust der Unterstützung durch Schleicher und Reichswehr

■ Regierung Schleicher (Dezember 1932 – Januar 1933)

- **soziale Maßnahmen** (Schleicher als „sozialer General“)
 - Arbeitsbeschaffung
 - Aufhebung von Kürzungen im sozialen Bereich } Abkehr von Brünnings Spar- und Deflationspolitik
- **„Querfront“-Konzept**: Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, da parlamentarisches Regieren wegen der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag nicht möglich war – jedoch Scheitern wegen fehlender Unterstützung
 - Bündnis mit den Gewerkschaften – scheitert wegen Ablehnung seitens der SPD
 - Versuch der Spaltung der NSDAP (Zusammenarbeit mit Gregor Straßer als Exponent des linken Flügels der NSDAP) – scheitert jedoch
- Papen: Verhandlung mit Hitler über Regierungsbildung (hierbei Einfluss von Hindenburgs Umgebung: Sohn Oskar von Hindenburg, Staatssekretär Otto Meißner) → **Ernennung Hitlers zum Reichkanzler** durch Hindenburg (nach langem Zögern) am 30. Januar 1933

★ Ergebnisse

- ☒ große Erfolge der antidemokratischen Parteien (v. a. NSDAP) bei den Wahlen → parlamentarische Regierung unmöglich
- ☒ bedeutende Rolle des greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg
- ☒ Abdriften der Weimarer Republik nach rechts
- ☒ bürgerkriegsähnliche blutige Auseinandersetzungen

Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik

- **Verfassung**
 - starke Stellung des Reichspräsidenten, v. a. Art. 48
 - Verhältniswahlrecht → Parteienzersplitterung im Parlament → Fehlen stabiler Mehrheiten
 - (destruktives) Misstrauensvotum
- **Außenpolitik**
 - Versailler Vertrag: politische, wirtschaftliche, psychologische Belastung
 - Kriegsniederlage → Demokratie gilt als von außen aufgezwungen
- **Wirtschaft**
 - Weltwirtschaftskrise: Verarmung und Unzufriedenheit
 - Reparationen
 - Fernwirkung der Inflation 1923
- **Alte Machteliten mit undemokratischer Mentalität – autoritäre Traditionen**
 - Reichswehr als Staat im Staat
 - Beamtenschaft
 - Großagrarier
- **Rolle führender Persönlichkeiten**
 - Hindenburg
 - Schleicher
 - Papen
- **Radikale Gegnerschaft der antidemokratischen Parteien (NSDAP, KPD) und Gruppierungen**
- **Schwäche der republiktragenden Parteien**
 - Fehlen stabiler parlamentarischer Mehrheiten
 - Koalitionskrisen

Die Gewichtung der Ursachen ist umstritten. Leitmotiv hierbei ist meist die Frage, warum in Deutschland der Nationalsozialismus möglich geworden ist. Hierbei spielt die stark umstrittene „Sonderwegstheorie“ eine zentrale Rolle (vgl. hierzu auch die Modernisierungstheorien).

Die Problematik des sog. „deutschen Sonderwegs“

These: Die Entwicklung Deutschlands verlief nicht „normal“ wie bei den westlichen Staaten (Großbritannien, Frankreich, USA).

- Fehlen einer erfolgreichen Revolution
- somit keine Einführung der Demokratie
- und keine Ausbildung demokratischer Traditionen
- sondern Elitendenken und Staatsgläubigkeit des deutschen Volkes, besonders des Bürgertums
- verspätete Bildung eines Nationalstaats
- keine Modernisierung der Sozialstruktur
- Nationalsozialismus als logische Folge einer Fehlentwicklung